

Er erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis durch die Post
1,20 M. vierteljährlich

Inserate für den Arbeitsmarkt
20 Pf., alle andern 30 Pf. pro
3gepaltene Petitzeile

Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 6 .: 24. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 10b .: Telephon: Amt IV, 2120

Berlin, den 11. Februar 1910

Inhalt: Beitragszahlung. — Streitnotizen. — Die Leistungen der Invalidenversicherung im Jahre 1908. — Berücksichtigung. — Eingeladn. — Streits und Lohnbewegungen. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Rechtspflege. — Handelsan. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Bekanntmachung des Internationalen Sekretärs. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Verammlungsständer. — Anzeigen.

Für die Woche vom 13. bis 19. Februar ist der 7. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger wie fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Elberfeld. Bei der Firma Dahl (Militärbranche) bestehen Differenzen. Zugang ist fernzuhalten.
Sameln a. W. Bei der Firma „Norddeutsche Automobilwerke“ bestehen Differenzen. Zugang ist fernzuhalten.

Ausland.
Belgrad (Serbien). Die Tashen- und Kofferfabrik von Milan Stojanowice ist Differenzen halber streng zu meiden.

Schweiz. Die Gerberei und Riemenfabrik von Hesti & Cie. ist gesperrt und Zugang von Riemenfabrikern strengstens fernzuhalten.

Wien. Die Treibriemenfabrik Lenhart und Wögerbauer ist gesperrt. Gesperrt sind ferner in Pardubitz Werkstatz Gladna, Prag die Firma Stein & Freund und in Karlsbad die Firma Hofner.

Naab und Kaschau. Die Firma Zeilshan und Frankenstein, Lederwarenfabrik, ist nach wie vor gesperrt.

Die Leistungen der Invalidenversicherung im Jahre 1908.

Dem Reichstage ist vor Kurzem zugegangen die Nachweisung über die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der zur Durchführung der Invalidenversicherung errichteten Versicherungsanstalten und der vom Bundesrate zugelassenen Kassenrichtungen für das Jahr 1908 nebst Vorbemerkungen.

Danach sind im Jahre 1908 139 789 Renten festgesetzt worden gegen 134 560 im Vorjahre. Das ist durch die Zunahme in der Zahl der Lohnarbeiter, also auch der Versicherten, erklärlich. Wir haben auch fernerhin auf eine Zunahme in der Zahl der festgesetzten Renten zu rechnen. Die Gesamtsumme für Renten ist von 147,6 Millionen Mark im Vor-

jahre auf 152,7 Millionen Mark gestiegen. Von den festgesetzten Renten bilden den größten Teil die Invalidenrenten. Es sind nämlich 116 852 Invalidenrenten bewilligt worden, gegen 112 220 im Vorjahre. Viel geringer ist die Zahl der bewilligten Krankenrenten: 11 951 gegen 11 527 im Vorjahre. An letzter Stelle kommen die bewilligten Altersrenten: 10 986 gegen 10 818. Die Zunahme in der Zahl der festgesetzten Altersrenten ist verhältnismäßig sehr gering. Ob das nicht als Zeugnis dafür angesehen werden muß, daß die Arbeit der Lohnarbeiter immer aufreißender wird, und daß daher ein immer kleinerer Teil der Arbeiter bis ins hiebigste Lebensjahr hinein arbeitsfähig bleibt? Hierüber geben uns die Vorbemerkungen zu der Nachweisung keine Auskunft. Hervorzuheben ist aber noch, daß die Zunahme in der Zahl der festgesetzten Invalidenrenten verhältnismäßig ebenso groß ist wie die Zunahme in der Zahl der festgesetzten Krankenrenten. Früher war das Verhältnis nicht so gleichmäßig, sondern die Zunahme in der Zahl der festgesetzten Invalidenrenten war auffallend gering im Vergleich mit der Zunahme in der Zahl der festgesetzten Krankenrenten. Damals hörte man oft Klagen darüber, daß die Vertrauensärzte der Versicherungsanstalten sehr geneigt seien, sich für Krankenrenten statt Invalidenrenten zu erklären. Krankenrenten sollen bekanntlich bei vorübergehender Invalidität und Invalidenrenten bei dauernder Invalidität bewilligt werden. Für die Arbeiter kommt jedoch besonders der wichtige Unterschied in Betracht, daß die Invalidenrente sofort von dem Zeitpunkt ab bezahlt wird, da die dauernde Invalidität festgestellt worden ist, während die Krankenrente erst nach Ablauf von 26 Wochen — seit Beginn der vorübergehenden Invalidität — zur Auszahlung gelangt. Die Ärzte haben aber nicht immer die Möglichkeit, mit voller Bestimmtheit zu erkennen, ob die Invalidität eines Arbeiters dauernd oder vorübergehend sein wird. Hier spricht naturgemäß die Vermutung des Arztes sehr mit. Deshalb läßt eine auffallend große Zunahme in der Zahl der bewilligten Krankenrenten darauf schließen, daß die Ärzte geneigt sind, die Invalidität der Arbeiter als eine vorübergehende aufzufassen. Es ist erfreulich, daß wenigstens ein Teil der Ärzte jetzt — wie es nach den angeführten Zahlen den Anschein hat — von dem für die invaliden Arbeiter nachteiligen Vorurteil abgekommen sind.

Die Beiträge mußten in 188 705 Fällen zurückerstattet werden, gegen 188 567 Fälle im Vorjahre. Davon kamen 151 342 auf Heiratsfälle, gegen 152 487 im Vorjahre. Also ein Rückgang. Dieser ist auf zwei Umstände zurückzuführen. In erster Linie wird erfreulicherweise die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen größer, die darüber aufgeklärt sind, daß sie klüger tun, sich nach der Hochzeit die Beiträge

der jungen Frau nicht zurückzahlen zu lassen, sondern die Versicherung fortzusetzen. Außerdem mag im letzten Jahre unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise die Zahl der Heiratsfälle unter den versicherten Arbeiterinnen etwas geringer als im Vorjahre gewesen sein. Ferner wurden die Beiträge infolge 36 776 Todesfälle zurückgezahlt, gegen 35 464 im Vorjahre und infolge 587 Unfällen gegen 616 im Vorjahre. Die letzte Zahl ist, absolut genommen, so gering, daß auf ihre Größe zufällige Umstände von entscheidendem Einfluß sein können. Ueber das Alter, in dem die Arbeiter invalid geworden sind, gibt die folgende Tabelle Auskunft.

Von je 1000 hinzugekommenen Rentenempfängern waren

im Alter von	Empfänger der Invaliden-Renten	Kranken-Rente
20—24 Jahren	27	82
25—29	45	130
30—34	47	125
35—39	48	121
40—44	58	117
45—49	70	121
50—54	93	118
55—59	187	108
60—64	188	61
65—69	183	16
70 und mehr Jahren	109	1

Im Vergleich mit den Zahlen des Vorjahres ist der Satz der ersten Altersklasse etwas geringer geworden. Dies ist um so erfreulicher, weil auch schon im Jahre 1907 im Vergleich mit dem Jahre 1906 ein Rückgang zu verzeichnen war. Die Zahlen für die Jahre 1908 bis zurück zum Jahre 1906 sind: bei den Invalidenrentnern: 27, 29, 30, bei den Altersrentnern: 82, 84, 86. Im übrigen ist die Verschiebung der Zahlen von einem Jahre zum anderen nicht groß.

Zu beachten ist aber, daß dort schon eine erschrecklich große Zahl von Arbeitern in ganz jungen Jahren sowie von Familienvätern in den besten Jahren invalide werden. Von den neu hinzugekommenen Invalidenrentnern waren nicht weniger als 34 029 unter 50 Jahren und von den neu hinzugekommenen Krankenrentnern waren 8502, also mehr als zwei Drittel, unter 50 Jahren. Das ist eine geradezu unnatürliche Erscheinung, die nur durch die rücksichtslose Ausbeutung der jungen Arbeiter zu erklären ist. Sie sollte uns eine Mahnung sein, alles zu tun, um einen besseren Schutz der Arbeiter vor den Gefahren ihrer Arbeit für Gesundheit und Leben zu erlangen. — Bis zu den Altersklassen 55 bis 59 Jahre ist die Steigerung der Sätze für die Invalidenrentner viel geringer als von dieser Altersklasse ab. Dies beweist, daß die Arbeiter in der Regel längstens bis zum 55. Jahre noch einigermaßen leistungsfähig bleiben. Deshalb müßte eigentlich die Altersrente von diesem Jahre ab gewährt werden.

Die Höhe der Renten ist nur ganz minimal gestiegen. Es stellte sich der Durchschnittsbetrag der Invalidenrente auf 170,31 M. pro Jahr = 47 Pf. pro Tag, der Krankenrente auf 169,96 M. pro Jahr = 46 Pf. pro Tag, der Altersrente auf 163,15 M. pro Jahr = 45 Pf. pro Tag.

Dah in unserem Zeitalter die invaliden Arbeiter noch mit solchen Vorkämpfern abgefunden werden, ist eine Schmach und Schande.

Zur Durchführung des Heilverfahrens wurden fast 31 Millionen Mark ausgegeben, gegen 17,8 Millionen im Vorjahre. Diese Steigerung ist gegenüber dem tatsächlichen Bedürfnis viel zu gering. Noch immer gibt es viel zu viele Arbeiter, denen nicht oder zu spät die Möglichkeit geboten wird, sich einem Heilverfahren zu unterziehen. Zu den Kosten des Heilverfahrens sind von anderer Seite 4,6 Millionen zugeflossen, und zwar am meisten von der Krankenkasse: 4,26 Millionen. Die Unfallversicherung leistet auch hier sehr wenig. Ihr Zuschuß beträgt nur 17 319 M.

Den Angehörigen der Versicherten, die sich einem Heilverfahren unterzogen hatten, wurden 1,57 Millionen Mark als gesetzlich vorgeschriebene Mindestunterstützung ausgezahlt, gegen 1,27 Millionen im Vorjahre.

Für Invalidenhauspflege sind 820 932,86 Mark ausgegeben worden, gegen 653 937,20 Mark im Vorjahre.

23 Invalidenversicherungsanstalten oder Kasseneinrichtungen haben eine Invalidenhauspflege durchgeführt, gegen 20 im Vorjahre. Mitin leisten noch viele Versicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen auf diesem Gebiete gar nichts. Ein Teil der Ausgaben sind aber namentlich durch Einbehaltung der Renten der verpflegten Personen ersetzt worden, so daß sich der reine Zuschuß der Invalidenversicherung auf 548 591,79 M. stellt, gegen 443 983,43 M. im Vorjahre. Auch hier eine viel zu geringe Steigerung.

Schließlich sind noch die außerordentlichen Leistungen zu erwähnen. Das sind die über den im Gesetz vorgeschriebenen Mindestbetrag hinausgehenden Leistungen für Angehörige solcher Versicherten, die in Heilbehandlung genommen sind. Hierfür wurden 1 105 223,94 M. ausgegeben, gegen 812 835,93 M. im Vorjahr. Hier müßte noch viel mehr geleistet werden.

Im ganzen ist nur eine ganz ungenügende Vergrößerung der Leistungen eingetreten. Die Invalidenversicherung krankt eben an zwei schweren Mängeln: die Verwaltung ist zu bürokratisch, und es stehen ihr zu wenig Mittel zur Verfügung. Diese Mängel sollten bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung unbedingt beseitigt werden.

Berichtigung.

Zu Nr. 5 unserer Zeitung glaubt der Hamburger Gauleiter mir damit ein auszuweichen zu können, indem er im ersten Absatz seines Berichtes die Behauptung aufstellt, ich hätte, trotzdem er mich darum gebeten habe, ihn ohne irgendwelche Informationen gelassen. Dieses entspricht nicht den Tatsachen.

Bei der Übergabe des Materials am 29. Juli konnte ich demselben keine anderen Informationen geben als die gesamte Korrespondenz des Gaues seit Bestehen der früheren Agitationskomitees, weil die Agitationsarbeit zur Zeit der Übergabe gänzlich ruhte.

Ferner waren die langjährigen Reistler des Gaues wiedergewählt, welche die Beschaffenheit des Gaues ebensogut kennen wie ich.

Ferner habe ich dem Gauleiter nach Schluß einer späteren Mitgliederversammlung in Gegenwart des Gaubereichers Kollegen Preis ausdrücklich gesagt, daß, wenn er irgend etwas wissen wolle, er mich jederzeit fragen könne, er bekäme jederzeit Auskunft. Bisher ist aber noch keine Anfrage an mich gestellt worden.

Dieses zur Steiner der Wahrheit.

Sebastian Dregelius.

Eingefandt.

Im Gaubericht Hamburg wird gesagt, daß das Zusammenarbeiten der Ortsverwaltung Hamburg mit der Gauleitung im Geese nabe zu fröhlicher als gut und harmonisch bezeichnet werden kann. Da aus diesem Satz ohne weiteres hervorgeht, daß das frühere Verhältnis ein recht schlechtes war, so möchte ich dieser Ansicht doch entgegenreden. In bezug auf Agitation und Organisation hat die Ortsverwaltung nie Differenzen mit der Gauleitung gehabt. Allerdings haben einige örtliche Geschäfte und Einrichtungen nicht immer die Zustimmung des Gauleiters gefunden, aber das rechtfertigt doch noch lange nicht die Ansicht, als ob wir wie Hund und Stabe zusammen gelebt hätten. Wir haben immer einen Weg gefunden, auf dem weiter gearbeitet werden konnte, und wenn das Verhältnis mit dem jetzigen Gauleiter nicht schlechter wird als mit dem früheren, so sind wir damit zufrieden.

D. Kimmel.

Streiks und Lohnbewegungen.

Achtung! Kollegen, Achtung!

Die Firma Rördinger u. Pollok Meiseraufstellfabrik arbeitet noch nicht unter Tarifvertrag. Die zurzeit schwelenden Verhandlungen über Affordlohn sind unbefriedigend. Wir erziehen die Kollegen allerorts, dies zu beachten.

Die Ortsverwaltung Stuttgart.

Leipzig. Der Streik bei der Lederwarenfirma Seine hiersebst ist durch Vergleich beigelegt worden.

Aus Industrie und Handel.

Die Essener Lederwarenindustrie hatte im Jahre 1909, nach dem Vorbericht der Großherzoglichen Handelskammer, eine Geschäftsperiode zu verzeichnen gehabt, wie sie seit Jahren nicht dagewesen ist. Der Bericht stellt fest, daß nach dem schwächeren Konjunkturrückgang der letzten Jahre auf dem gesamten Weltmarkt sich die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse im verflochtenen Jahre wesentlich gebessert haben. Der Umstand, daß die Wandlung zum Besseren sich nur langsam vollzieht, läßt darauf schließen, daß sie auf durchaus gesunder Grundlage und aus natürlichen Ursachen vor sich geht, und daß die aufwärtsstrebenden Kräfte sich als stark genug erweisen, um einen neuen Aufschwung vorerit zu verhüten.

Dieser Umchwung in der wirtschaftlichen Entwicklung im allgemeinen hat sich in Essenbach noch rascher und umfassender als in anderen Industriebezirken des Reiches vollzogen. Vor allem besteht sich die Lederwarenindustrie frühzeitig, wodurch auch die Metallwarenfabrikation gänzlich beeinflusst wurde.

Wir behalten uns vor, den Bericht in seinen Einzelheiten später eingehend zu besprechen, für heute möge ein Auszug über die Entwicklung des diesmaligen Geschäftes in Lederwaren und Meiseraufstellen genügen.

Das Jahr 1909 brachte gegen das Vorjahr eine wesentliche Besserung der Absatzverhältnisse. Dieser Erwerbszweig lag allerdings in den ersten sechs Monaten gleichfalls noch sehr still, und im Frühling mußte der Arbeiterbestand wieder stark vermindert werden. Im Juli 1909 machte sich jedoch unerwarteterweise eine plötzliche Besserung der Lage bemerkbar, und schon von August ab verdärfte sich die Nachfrage derart, daß den Anforderungen des Marktes nicht genügt werden konnte und sich ein Mangel an Arbeitskräften fühlbar machte, wie er sich in diesem Gewerbe hier noch nicht gezeigt hat. Nach sachverständiger Schätzung hätten gut noch 500 bis 600 Arbeiter mehr beschäftigt werden können. Diese fürmische Nachfrage bezog sich in der Hauptsache auf Damentaschen, die sich zu einem großen Modeartikel entwickelt haben. Der Aufschwung traf die Lederwarenindustrie wie ihre Hilfsindustrien völlig unvorherreitet, und zwar nicht nur hinsichtlich der Arbeiterzahl, sondern auch hinsichtlich der Einbedung mit Rohmaterialien und Futaten, insbesondere mit den benötigten Metallbügeln und Beschlägen, in denen die hiesige und auswärtige Fabrikation dem Bedarf zunächst nicht gerecht zu werden vermochte. Wenn auch nicht in dem Maße wie die Damentaschen, so hatten doch auch die anderen Artikel der Lederwaren- und Meiseraufstellindustrie eine zufriedenstellende Besserung erfahren.

Im Interesse unserer Arbeiterschaft begrüßen wir diesen Aufschwung und hoffen, daß derselbe anhaltend sein möge. Aber auf eines fühlen wir uns genötigt hinzuweisen: Gemessen an der außerordentlich günstigen Konjunktur, an der auch unsere Kollegen zum Teil partizipierten, ist der Aufschwung, den unser Verband im letzten Halbjahr genommen hat, durchaus nicht zufriedenstellend. Noch

siechen einige Dunder Kollegen und noch mehr Kolleginnen den Beteiligungen unserer Organisation fern. Es gilt für die Gesamtheit der Kollegen, alle Kraft anzuzuhängen und die Zeit auszunutzen, um bei etwaigen Rückfällen vollkommen gewappnet zu sein.

Korrespondenzen.

Mugsburg. (S. 5. 2.) Am 8. Januar fand unsere Generalversammlung statt, welche von 17 Kollegen besucht war. Kolll. Krauß war einen kurzen Jahresrückblick, woraus zu ersehen war, daß gar manches am Orte geleistet werden könnte, wenn die Interessenten aufwachen würden, sowie wenn die Organisationszerpitterung beseitigt werden könnte. Im ganzen hatten wir im Jahre 16 Versammlungen, darunter drei öffentliche, zu veranstalten. An Lohnbewegungen hatten wir ja bekanntlich nur die in Göggingen zu verzeichnen, da bei Daidenkamp infolge der Interesslosigkeit der Kollegen keine stattfinden konnte, was ja in unserer Zeitung schon besprochen wurde. Unter Punkt „Neuwahl“, wo es sehr lebhaft herging, wurde Kollege Krauß als Vorsitzender und Kollege Zeiser als Schriftführer wiedergewählt, während Kollege Horn als Kassierer neugewählt wurde. Weiter wurde noch betont, daß die Verwaltung in diesem Jahre alles daran setzen wird, um endlich in Mugsburg auch etwas zu erreichen und vorwärts zu kommen. Selbstverständlich fehlt es an uns nicht, sondern nur an den noch fernstehenden Kollegen. Sattler Mugsburgs, erwacht endlich einmal, es wäre bald an der Zeit, treten ein in eure Organisation und kämpft Schulter an Schulter mit uns um bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse! Vereinzelt seid ihr nichts, vereint seid ihr alles!

München. (S. 5. 2.) Am 15. Januar tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Der Bericht der Verwaltung zeigte in knappen Umrissen den Verlauf des vergangenen Jahres. An besonders hervortretenden Ereignissen waren keine zu verzeichnen; empfindlich traf uns im 4. Quartal nur der Verlust unserer ersten Vorsitzenden. Der Mitgliebestand bewegte sich auch in diesem Jahre langsam aber sicher aufwärts, wir zählten das Jahr mit 276 Kollegen abschließen, während wir anfangs desselben 222 zählten; in Anbetracht des sehr flauen Geschäftsganges hier am Orte im vergangenen Jahr ein nicht zu unterschätzender Fortschritt. Zum größten Teil mußten die Kollegen durch Quasiquartation herangezogen werden, welche Art von Agitation für München als allein erfolgreich zu betrachten ist. Die Beitragszahlung hat sich ebenfalls etwas gebessert, was wir in erster Linie der Tätigkeit unserer überaus eifrigen Einkassierer zu danken haben. Dem Gesamtanstoß wurde für seine Tätigkeit die Anerkennung von seiten der Versammlung zuteil, nur wurde der Wunsch nach mehr Versammlungen mit Vorträgen laut, welchem nach Möglichkeit stattgegeben werden wird. Die Neuwahl des Ausschusses ging glatt vonstatten, in die Stelle des ersten Vorsitzenden rück unser bisheriger zweiter Vorsitzender, als Kassierer und Schriftführer wurden die bisherigen Kollegen einstimmig wiedergewählt. Den Arbeitsnachweis wird wie bisher ein Kollege täglich führen und ist an Stelle des bisherigen Nachweisers, der nunmehr erster Vorsitzender ist, ein anderer getreten. Als ein Zeichen von Interesse für unsere Sache von seiten der Münchener Kollegen dürfte zu betrachten sein, daß in dieser Versammlung (trotz Karneval, Neuduten usw.) beinahe 50 Proz. der Mitglieder anwesend waren.

Am neben erster Tätigkeit auch den Frohsinn zu pflegen, veranstaltete die hiesige Filiale wie alljährlich am 20. Januar eine originale, fidele Pausnachtsquaudi, welche einen sehr netten Verlauf nahm und auch unserer Vergnügungskasse eine hübsche Einnahme brachte. Bei dem veranstalteten „Kaberfeldtreiben“ gerieten zwar verschiedene Kollegen etwas unter die Räder, vor allem wurde dem Vorsitzenden und noch mehr dem Schriftführer recht übel mitgespielt, doch das muß in München nun einmal mit in Kauf genommen werden. Nach Ansicht des Einkassierers hätte zum Kaberfeldtreiben ganz gut noch das Thema: „Schmaysboykot“ gehabt, der den Arrangements des Fests ganz in Vergessenheit gekommen zu sein scheint, es wäre dann sicher auch ohne „Wurzelschupp und Fufelbuc“ gegangen, wo wir doch an der Quelle des besten aller Gerstenstoffe sitzen. Das wäre die einzige Störung, welche sich gegebenenfalls wohl auch nicht wiederholt.

Berlin. (7. 2.) Die letzte Branchenversammlung der Portefeulien- und Meiseraufstellbranche vom 20. Februar 1910 nahm zunächst einen Vortrag des Kollegen Müntner über: „Dunder Jahre preußischer Geschichte“ entgegen. Veranlassung zu dem Vortrag gab der infame Vorstoß des Abgeordneten Eberburg im Reichstage, der in seiner jählichen Rohheit so ganz den Gebanengang der Portefianhänger dieses Mannes zum besten gab. Zu vorzüglicher Wiedergang und teils satirischer

Beleuchtung verstand es der Redner, seine Zuhörer zu interessieren, und reichem Beifall belobte den Vortragenden. Die Versammlung befaßte sich auch mit den Aufnahmeangelegenheiten zweier Kollegen. Der Kollege Kosenthal, der früher schon lange Jahre bei uns und zumeist an hervorragender Stelle gearbeitet hat, hat sich aber durch Selbstberufung an der Firma Scheyer von uns trennen mußte, hatte sich zur Wiederaufnahme gemeldet. Die Einstimmigkeit des Aufnahmeausschusses bewies, wie sympathisch der Versammlung gerade dieses Gesuch war. Getrennter Ansicht war die Versammlung bei dem Kollegen Kiebbened, doch wurde durch Mehrheit die Aufnahme beschlossen, dafür aber von dem Kollegen Kiebbened erwartet, daß er fortan allen Ansprüchen der Organisation gerecht werden wird. Auch war bei der Firma Ritter eine kleine Lohnbewegung zu unseren Gunsten zu verzeichnen. Es wurde noch gewünscht, da wir jetzt nicht mehr schriftlich jede Vertikale einladen, die Einladungen in der Zeitung etwas ausführlicher zu bringen; dem wurde zugestimmt.

Dresden. (E. 7. 2.) In einem ausgezeichneten Referat behandelte Genosse Gottfried das Thema: „Weniger Steuern — mehr Lohn.“ Redner erzielte starken Beifall. Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Unsere Lohnbewegung“, wurde vom Kollegen Eisner durch Belegmaterial der aufgestellten Forderungen eingeleitet. Es folgten 9 Betriebe mit circa 250 Kollegen in Frage. Die einzelnen Werkstätten haben schon Stellung dazu genommen, außer Lippold und Schlatter. Die Kollegen der ersten Firma werden es in den nächsten Tagen tun, während von 18 Kollegen und Kolleginnen bei Schlatter nur 4 Kollegen in der Besprechung waren. Ein trauriges Zeugnis von Interessiertheit, welche auch dann nicht zu entschuldigen wäre, wenn die Einkommen der betreffenden Kollegen schon so hoch sind, daß sie eine Steigerung nicht mehr verlangen. In der darauf folgenden Aussprache erklärten sich die Kollegen mit den Ausführungen einverstanden, und nahmen an, daß diese bescheidener Wünsche bei den Arbeitgebern auf Schwierigkeiten nicht stoßen werden. Es wird schließlich folgende Resolution angenommen: „Die heute, am 1. Februar 1910, im „Volkshaus“ tagende, von 260 Kollegen und Kolleginnen besuchte Versammlung erklärt an, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Reiseartikelbranche dringend verbesserungsbedürftig sind. Die in dieser Branche beschäftigten Kollegen verpflichten sich, für Durchführung der aufgestellten Forderungen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln einzutreten, während die Kollegen der anderen Branchen den Beteiligten ihre volle Unterstützung zusichern.“ Mit einem Hoch auf den Verband erreichte die Versammlung ihr Ende.

Striegau. (E. 7. 2.) Am Sonntag, den 30. Januar, wurde hier eine öffentliche Versammlung abgehalten. Dieselbe wurde nachmittags 4 Uhr vom Versammlungsleiter eröffnet mit der Mitteilung, daß wir im neuen Jahre bereits einen schönen Fortschritt erzielt haben. Es sei deshalb von der Ortsverwaltung beschlossen worden, um die Kollegen immer mehr mit der Organisation vertraut zu machen, unseren Gauleiter kommen zu lassen. Dieser Aufforderung hat derselbe Folge geleistet und ist heute hier erschienen. Kollege Barisch aus Görlitz hielt nun einen lehrreichen Vortrag über das Thema: „Die Bedeutung und der Wert von Tarifverträgen.“ Es ist nicht möglich, die vom Referenten in 14 stündigen Vorträgen gemachten Ausführungen hier alle wiederzugeben. Darum seien nur die wichtigsten Punkte angeführt. Kollege Barisch sprach über den Umfang und die Bedeutung der Tarifverträge im allgemeinen in unserem Verufe. An vielen Beispielen aus der Praxis bewies er die Bedeutungslosigkeit der sogenannten Werkstattverträge, ohne Zutun der Organisation. Dann kam er auf die rechtliche Seite der Verträge zu sprechen. Desgleichen wurde das Tarifamt mit seinen Instanzen in unserer Reiseartikel- und Portefeullerbranche besprochen, ebenso die Bedeutung von Firmen- oder örtlichen Betriebsstatuten, die Bezirkstaxen (einen derartigen besitzt unsere Organisation) und die Reichstaxen. Die Zusammensetzung und Mannigfaltigkeit des Inhalts der Tarife wurde auch erläutert. Auch in Schlußes sei es die höchste Zeit, daß die Kollegen sich einig werden; denn zu welchem Preise und für welche Arbeitsdauer sie ihre Arbeitskraft verkaufen bezw. zur Verfügung stellen wollen, das zu regeln sei nur auf Grund von Tarifverträgen möglich. Von Seiten der Regierung suche man jetzt ein gesetzliches Tarifvertragsrecht zu schaffen. Die Arbeiter bedürfen eines solchen nicht; wenn beide vertragschließenden Parteien befreit sind, ihre Abmachungen innewohnen, so ist die gesetzliche Regelung überflüssig. — Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Anschließend hieran wurde die Abrechnung vom 4. Quartal 1909 bekanntgegeben und von den Referenten die Richtigkeit bestätigt. Beschlossen wurde, jeden ersten und

dritten Sonntagabend im Monat eine Versammlung abzuhalten. Dann wurden verschiedene Fragen, unsere Organisationen betreffend, gestellt und vom Kollegen Barisch ausführlich beantwortet. Zum Schluß besprach Kollege Barisch in längeren Ausführungen die wirtschaftliche Klust zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie erstere auf organisiert sind, ohne Rücksicht auf Religion und Weltanschauung, während die letzteren aber in allen möglichen Verbänden und Vereinen mit verschiedenen Grundgedanken zerstückelt sind. Man solle doch das Jahr 1909 nicht vergessen, wo man es fertig gebracht hat, trotz der wirtschaftlichen Krise die bitterste Armut der Massen zu vergrößern, indem auf die notwendigsten Lebensmittel hohe Steuern gelegt wurden. Das Jahr 1909 sei ein Schandjahr für die heutige Gesellschaftsordnung, und man dürfe sich nicht wundern, wenn die Massen wir natürlich mit, durch diese Ursachen gedrängt, überall Lohnforderungen stellen. Nach einigen Mahnworten des Vorsitzenden, weiter zur Organisation zu halten, wurde die Versammlung geschlossen.

Rechtspredung.

Generalkrankheit oder Betriebsunfall. Der Sattler A. in Berlin erlitt am 15. Februar 1909 im Betrieb der Firma S. dadurch einen Unfall, daß er sich beim Riemen schneiden durch einen plötzlichen Ausbruch mit dem Messer eine Wunde an der rechten Hand zuzog. Am nächsten Tage hatte A. mit der Fertigstellung von Geschloßkörpern zu tun und rief sich hierbei die Wunde auf. In die nun entstandene Wunde drangen Infektionserreger ein, die zu einer Zellgewebsentzündung führten. A. mußte nun am rechten Zeigefinger operiert werden.

Der von dem Verletzten erhobene Anspruch auf Unfallrente wurde von der Lederindustrie-Vereinsgenossenschaft abgewiesen, weil das Leiden des A. nicht von einem Unfall herrühre, sondern sich nach und nach infolge Aufgehens einer Wunde und später hinzutretender Entzündung an der rechten Hand entwickelt habe. Hierbei handelte es sich aber nicht um einen entschuldigungsspflichtigen Betriebsunfall, sondern um eine sogenannte Generalkrankheit, für welche die Genossenschaft nicht einzutreten hätte.

Der Verletzte legte durch das Arbeitersekretariat Berlin Verufung beim Schiedsgericht für Arbeiterverhütung ein. Das Schiedsgericht vernahm den Sattlermeister S., sowie einen Mitarbeiter des Verletzten. Beide bekräftigten übereinstimmend die Darstellung des A. Der Sattlermeister erklärte unter anderem, daß bei der Anfertigung von Geschloßkörpern sehr häufig Fingerverletzungen vorkämen, weil das dabei zu bearbeitende Leder äußerst hart und rauh ist, daß sich nach seiner Erfahrung auch fast immer an diese Verletzungen Verletzungen anschließten. Diese Verletzungen entstanden nach der Ansicht des S. dadurch, daß ein in dem Leder enthaltener Giftstoff in die Wunde eindringt.

Auf Grund dieser Zeugenaussage und da insbesondere der Verletzte nicht verabsäumt hatte, den Unfall sofort zu melden und auch Zeugnisse für denselben namhaft machen konnte, kam das Schiedsgericht zu dem Ergebnis, daß ein Betriebsunfall und keine Generalkrankheit vorliege. Das Schiedsgericht konnte der Auffassung der Vereinsgenossenschaft, daß es sich um eine Generalkrankheit handele, nicht beitreten, weil das im Betriebe erfolgte Aufplatzen der Wunde zeitlich bestimmbar sei, also ein in einem ganz kurzen Zeitraum eingetretenes Ereignis darstelle.

Dem Kläger wurde bis zum Ablauf der 26. Woche nach dem Unfall eine Teilrente von 50 Proz. und nachdem eine solche von 20 Proz. gewährt.

Hätte in dem vorliegenden Fall der Verletzte es unterlassen, sofort seinen Arbeitskollegen und dem Meister Kenntnis vom dem Unfall zu geben, dann wäre der Erfolg des A. unter Umständen noch äußerst zweifelhaft gewesen.

Rundschau.

Aus den Parlamenten. Der Entrüstungssturm, den der Edle von Oldenburg-Jansschau durch seine mehr frechen als blödsinnigen Betrachtungen über die Rechte und Aufgaben des deutschen Kaisers hervorgerufen hatte, fand auch in den ersten Tagen der vergangenen Woche einen starken Widerhall in der deutschen Presse wie auch in den Einzelparlamenten unseres lieben deutschen Vaterlandes. Der Deutsche Reichstag hingegen fand schon nach zwei Tagen seine „Haltung“ wieder, und man beschloß, daß nicht der Edle von Jansschau, auch nicht der „nichtsinnigste“ Feudalprinz auf dem Präsidentensessel, sondern einzig und allein der sozialdemokratische Abge-

ordneter Ledebour eine Unverschämtheit begangen hat, und man rief ihn dafür zur Ordnung.

Der Wahlkreis Eisenach-Teinbach wurde, wie wir bereits mitteilten, von den Sozialdemokraten erobert, im ersten Ansturm zwar, aber nur mit einer Majorität von 108 Stimmen. Die Majorität wäre zweifellos eine größere gewesen, wenn Glard von Jansschau seinen Disfunktionsurlaub etwa 8 Tage früher angetreten hätte. Schade!

Am Reichstage spannte sich die Kolonialdebatte immer weiter aus. Der Kolonialminister Dernburg hat ein „Schweineglück“. Seine Gegner arbeiten mit so verwerflich brutalen Mitteln gegen ihn und seine Kolonialpolitik, daß er der Unterstützung aller ausländischen Leute sicher ist. In seinem Kampfe gegen die Ausraubungs- und Monopolgeschäfte privater Kolonialhändler (weiliger Couleux) erlebte er z. B. die Genugtuung, daß sogar die Sozialdemokraten energisch für den Minister und einzelne seiner Maßnahmen eintraten, unbeschadet dessen natürlich, daß die Sozialdemokratie jede kapitalistische Kolonialpolitik grundsätzlich bekämpft, da diese doch stets Hauptpolitik ist und sein muß. Schon die Tatsache, daß ein Anführer in Ostafrika mindestens 50 000 Mt. in Süd-West aber auch immer noch mindestens 20 000 Mt. besitzen muß, wenn er nur einigermaßen vorwärts kommen will, zeigt, daß es mit der Befriedung der Kolonien durch deutsche Arbeiter nicht weit her sein kann. Wie mörderisch das Afrika dort unter Europäern haust, zeigt u. a. die Tatsache, daß von den nach Süd-West gesandten 30 000 Soldaten nicht weniger als 700 Offiziere und 6000 Soldaten als dauernd invalide in die Heimat zurückkehren.

Die Freiheit der Kolonialunter wird noch übertrifft durch eine Eingabe, die der famose Arbeitgeberverband, Bezirk Köln, an den Minister des Innern gerichtet hat, die, bei Nichterfüllung, in Wirklichkeit nichts als ein eklatanter Beweis für die Macht und die Wirksamkeit der Arbeitgeberorganisationen ist, die sonst von denselben Herren stets abgelehnt werden. „Beschwerden“ wie diese Art Leute nun einmal ist, verlangt man „nur“ — ein gesetzliches und unbedingtes Verbot des Streikpostens — und — was damit zusammenhängt! — Also eine Verschärfung der Zucht- und Hausordnung unfehligen Angehörigen, die seinerzeit auf dem Schandtag des Reichstages ohne jede Beratung verscharrt wurde. Na, die Herren mögen sich trösten, wir sind schon ziemlich weit in Deutschland, aber so — weit scheinen wir doch noch nicht zu sein!

Auch zwei wirtschaftspolitische Fragen von großer Bedeutung fanden in diesen Tagen im Reichstage ihre Erledigung. Der Handelsvertrag mit Portugal wurde vom Reichstage angenommen und das Handelsabkommen mit Amerika, das allerdings ungleich wichtiger und wertvoller als der erstere ist, wurde wider Erwarten sogar einstimmig angenommen. Mit hübscher Miene stimmten selbst die überparteilichen Schreibhülse zu, obwohl sie in diesem Abkommen eine schwere Schädigung der deutschen Landwirtschaft erblickten! Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß diesen Herren hinter den Kulissen von Seiten der Regierung einige Verhigungspläne verabreicht worden sind und das Versprechen, daß ihnen zu „gegebener Zeit“ schon wieder der unersättliche Schlund gefüllt werden wird. „Jedem das Seine!“ Hier konnte aber selbst die deutsche Regierung, diese eigennützig Schürer von Großgrundbesitzeressen, nicht anders, es stand zu viel auf dem Spiele, und so mußte man ausnahmsweise einmal auf die übliche, in Handel und Industrie tätige Bevölkerung Rücksicht nehmen und die heißungrige Meute der Junker und Junkerengenossen zurückweisen, damit sie nicht in blinder Wut durch Ablehnung dieses wichtigen Handelsabkommens Deutschland in eine außerordentlich mißliche Lage gebracht hätten. Aber belohnt wird und muß dieses „Wohlverhalten“ der Elben in irgendeiner Form werden, das wird sich bald zeigen.

Im preussischen Landtage, auf den in nächster Zeit die Augen der gesamten politisch denkenden und interessierten Welt gerichtet sein werden, wurde in der vergangenen Woche der Fortschritt behandelt. Obwohl dieser Etat an sich für die preussischen Finanzen von ganz bedeutender Wichtigkeit ist, so sind es doch hauptsächlich die „Rebenerrechnungen“, die die Erörterung der Fortschritt zutage fördert, die uns interessieren. Zum Studium des „Seelenlebens“ und der „Weltausgang“ unserer modernen Hühner- und Igelplünder, dieser Nachkommen der Strauchritter und Quacksalber von ehedem, ist der „Fortschritt“ unentbehrlich. Herrenrecht und Menschenrechte stehen sich hier unversöhnlich gegenüber. Der Fortschritt als Prätorianer der „Edelsten“ oder gar der Herr Oberförster oder Fortschritter in eigener Person, meist selbst Kolblutjunger, zeigen uns, welcher Brutalität man fähig sein kann und damit noch den Beifall des preussischen Abgeordnetenhaufes erringt. Eine 84-jährige Frau, die noch die Kraft zum Holzstechen habe (sie hatte einiges Holz gesammelt),

habe auch noch die Kraft, die darauf gesetzte Gefängnisstrafe abzuliefern. Sonst möchte man noch einiges in Nageridill und Tierisch auf Kosten der Bauern natürlich.

Spät kommt sie, doch sie kommt, nämlich die bereits im Jahre 1849 von Friedrich Wilhelm IV. angeordnete Vorlage für ein preussisches Landtagswahlgesetz. Das jetzt bestehende, infauste und elendeste aller Wahlgesetze, ist bekanntlich nur ein Provisorium, gewissermaßen nur als Notbehelf bestimmt gewesen, bis ein neues Gesetz ausgearbeitet sein würde. 1849 bis 1910, man sieht, nicht nur Gottes, sondern auch Preussens Mühlen mahlen, wenn es sein muß, sehr langsam. Ueber das neue Wahlgesetz hier ausführlich zu berichten, dürfte überflüssig sein, da in dieser Woche der Kampf um dasselbe im Landtage beginnt und die Tagespresse in diesem Kampfe Stellung nehmen muß. Es sei nur bemerkt, daß diese Vorlage der Regierung selbst die „tüblichsten Erwägungen“, die in sie gesetzt wurden, übertrieben hat. Und das dürfte genügen. Ja, es gewinnt tatsächlich den Anschein, als ob eine wahrwichtige Regierungselite alles auf eine Karte setzen und eventuell den mit Recht aufstrebenden Volkswillen in Strömen Blutes erstickend möchte. Allen Vernunftsgründen zum Trotz hat die Regierung einen Geiseltourist geliefert, der nicht nur nicht besser, vor allem nicht vollständiger ist als das jetzt bestehende „Provisorium“, sondern noch bei weitem nichtswürdiger und schamloser als dieses.

Großes steht uns bevor. Wer kann sagen, was uns die allernächste Zeit schon in ihrem Schoße birgt? Wer Augen hat zu sehen, der sehe. — Wer Ohren hat zu hören, der höre.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Das Mitgliedsbuch Nr. 4392 (Ludwig Autor) ist verloren gegangen, das Mitgliedsbuch Nr. 7520 (Peter Wunderlich) ist gestohlen worden und werden beide Bücher für ungültig erklärt.

Die Ortsverwaltungen werden nochmals auf die Bildung der Jugendabteilungen aufmerksam gemacht. Statuten und Mitgliedskarten sind bei der Hauptverwaltung zu bestellen. Ferner erliden wir um Angabe der Zahl der neu gewonnenen Mitglieder betreffend Zustellung der „Arbeiter-Jugend“.

Der Kollege Fritz Breiß, Buchnummer 5058, wird ersucht, seine Adresse der Ortsverwaltung Bayreuth mitzuteilen.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

In Brüssel wird es in der Fabrik von Donnaux-Desmet zu einem Streik der Reiseartikelarbeiter kommen. Es handelt sich um eine Einwirkung dahin, dass die genannte Firma dieselben Löhne zahlt wie die übrigen Firmen. Die ausländischen Kollegen werden gebeten, von diesem Streik Notiz zu nehmen.

Sattler und Tapezierer! Wie der Vorstand des skandinavischen Sattler- und Tapeziererverbandes mitteilt, sind in Kopenhagen die Tarifverträge für die Sattler und für die Tapezierer zum 1. April gekündigt worden. Der Unternehmerverein droht nun mit einer Aussperrung sämtlicher Verbandsmitglieder, also auch der nicht direkt beteiligten. Aus diesem Grunde ist Kopenhagen zu meiden.

Der Sekretär der internationalen Vereinigung der Sattler und verwandten Berufsgenossen. Joh. Sassenbach.

Adressenänderungen.

- Magdeburg: B. Ostler Kühn, Tauenzienstr. 3. V. „Burgallee“, Fischergrugr. 28.
- Mainz: B. Philipp Muffel, Voppstr. 56, II.
- Dresden: B. Herm. Müller, Böhmische Str. 9.
- Häufigshütte, Oberschl.: B. Schaffarzopf, Ringstraße 6, III, bei Gollat.
- Mühlheim a. Main. B. Fr. Neurohr, Dietesheimerstr. 3.

Briefkasten der Redaktion.

D. R. u. G. Diese Notiz war leider in der Druckerei abhanden gekommen. Erst als es zu spät war, wurde es bemerkt. V. Gr. N. R.

M. R. u. M. R. Unseres Wissens gibt es in Europa nur einen einzigen Betrieb dieser Art, der aber auch nur wenige Personen beschäftigt. Ueber die dort bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist uns leider nichts bekannt, da wir daselbst Mitglieder nicht haben.

Sterbetafel.

Köppern. Heinrich Stürz, 20 Jahre alt, Lungenleiden. Ehre seinem Andenken!

Anzeigen

Bekanntmachung.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Sattler und Berufsgenossen Deutschlands „Hoffnung“
C. S. 64, Berlin.

Auf Grund des § 22 Abs. 3 des Statuts sowie in Gemäßheit des Beschlusses der Kölner Generalversammlung beruft der Vorstand die

10. ordentliche Generalversammlung

auf Sonntag, den 22. Mai d. J., und die folgenden Tage nach Leipzig ein.

Bekanntgabe der Tagesordnung und das Weitere erfolgt durch spätere Bekanntmachung.

Zur genauen Beachtung der Ortsverwaltungen geben wir heute folgendes bekannt:

Anträge, die auf die Tagesordnung kommen sollen, müssen spätestens am 9. April in Händen des Vorsitzenden sein.

Die Wahl der Abgeordneten soll in allen Wahlabteilungen gleichzeitig, am 23. April, stattfinden.

Die Ortsverwaltungen werden erucht, Lokale zu den Wahlversammlungen zum genannten Tage rechtzeitig festzumachen und diese dann, mit Angabe der Zeit, wann die Versammlungen beginnen sollen, bis zum 6. April dem Vorsitzenden bekanntzugeben, damit die Einberufung der Wahlversammlung, gemäß § 29 Abs. 6 des Statuts, rechtzeitig durch den Vorstand erfolgen kann.

Notwendig werdende Stichwahlen bei denjenigen Wahlabteilungen, zu denen mehrere Verwaltungsstellen gehören, finden acht Tage später in denselben Lokalen statt.

Ferner machen wir die Ortsverwaltungen noch darauf aufmerksam, daß über die Wahlhandlung ein genaues Protokoll aufzunehmen ist; dasselbe muß vom Vorsitzenden und Schriftführer sowie von mindestens fünf Mitgliedern der Versammlung unterzeichnet sein und Vor- und Name sowie Wohnung der Gewählten enthalten. Dieses Protokoll ist sodann nebst den Stimmzetteln sofort an den Vorsitzenden einzusenden. — Wesentliches dringendes notwendig ist die sofortige Einsetzung der Protokolle bei denjenigen Wahlabteilungen, die aus mehreren Verwaltungsstellen bestehen, damit das Resultat festgestellt und etwa sich notwendig machende Stichwahlen rechtzeitig angeordnet werden können.

Schließlich weisen wir noch darauf hin, daß die Verwaltungsstellen der lehterwähnten Wahlabteilungen sich rechtzeitig über einen gemeinsamen Kandidaten verständigen mögen.

Berlin, den 3. Februar 1910.

Der Vorstand.

Wilhelm Giese, Vorsitzender.
Otto Schubert, Kassierer.

Verfammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Versammlungsangelegen, die bis zum Redaktionschluss bei uns einlaufen.)

Berlin, Mittwoch, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Mannmandantenstraße 58/59: Jahres-Generalfammlung. Sonntag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Kosenthaler Vereinshaus“, Kosenthaler Straße 57: Brandenburger Versammlung der Treibriemenbranche.

Stuttgart, Sonnabend, den 19. Februar, abends 8 Uhr, Gewerkschaftshaus: Mitgliederversammlung.

Hagen, Sonnabend, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Restaurant „Stadt Zitan“.

Durchaus tüchtige

Sattler

auf Schultaschen und Känzel per sofort gesucht. H. Könnfeldt & Co. in Mettern (Holtz-, Stoff- und Lederwarenfabrik).

Eine Sattlerei

(Ladengeschäft) in einem großen westlichen Vorort Berlins ist für den Preis von 2000 M. sofort zu verkaufen. Anfragen sind unter A. B. 2000 an die Expedition dieser Zeitung zu richten.

Gelucht an jedem Ort,

Leute, welche Vertrieb hochleganter Neuheiten übernehmen. Hochlohnender Nebenberuf. Auskunft an jedermann kostenlos. Herm. Wolf, Zwidau i. Sa., Nordstr. 30.

Italien.

Gut eingeführter Vertreter sucht

Bertretung

von 1a deutschen Firmen in Reisetaschen, Portefeuille, Zeforbügelu und ähnlichen Artikeln. Offerten unter F. Z. S. 527 an Rudolf Woffe, Frankfurt a. M.

Günstige Gelegenheit für Anfänger!

In zukunftsreicher Gegend Hamburgs ist ein seit 7 Jahren bestehendes Sattler- und Tapezierergeschäft (auch Ladengeschäft) billig wegen Krankheit zu verkaufen. Gefällige Offerten unter M. R. 100 an die Expedition dieses Blattes.

Sattler- u. Lederwarengeschäft

in Frankfurt a. Main, prima Lage mit großer Reparaturtundschäft, ist besonderer Verhältnisse halber für den Inventarwert, ungefahr 3500-4000 M., per sofort zu verkaufen. Offerten unter K. W. 35 an die Expedition dieser Zeitung.



100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—
bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Antikursmassen, Lombardgeschäften uho. ankaufe. Ferner liedere ich:
100 Stück feine 7 Wg.-Zigarren für 3.50 Mk., 100 Stück feine 8 Wg.-Zigarren für 4 Mk.,
100 Stück hochwertige 10 Wg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück hochwertige 12 Wg.-Zigarren für 6 Mk.
Ein Betrag führt zu dauernder Kundschäft. — 500 sende franco. — Nichtkonvertierendes nehme unranfranzösisch an. — Versand nicht unter 100 Stück. — Zp. Weiss, Berlinhaus, Berlin C., Neue Schönhauserstr. 16. Kein Laden, nur 1 Treppe. — Begründet 1886